

Favoriten im Parlament



2/2012

Mit Essen tankt man nicht!

In letzter Sekunde konnte ich gemeinsam mit vielen NGOs verhindern, dass E10 ab Herbst in Österreich eingeführt wurde. Weitere Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen in Entwicklungsländern konnten vorerst gestoppt werden.

Schon lange setze ich mich gegen E10, also die zehnpromtente Beimischung von Agro- zu herkömmlich Treibstoffen, ein. Nach viel Protest aus dem Parlament, der Zivilgesellschaft und NGOs, allen voran die Umwelt- und entwicklungspolitische NGOs, lenkte die EU Ende September und gleich danach auch Minister Berlakovich ein.

E10 wird nicht ab Herbst in Österreich eingeführt. Und das ist gut so. Es ist nämlich weder garantiert, dass Agro-Treibstoffe einen geringeren CO₂-Ausstoß als fossile Brennstoffe haben, noch dass alle Autos diesen vertragen. Der ARBÖ warnt, dass etwa zehn Prozent der heimischen Autos – also rund 200.000 PKW – nicht E10 tauglich sind. Aber der ARBÖ warnt berechtigterweise nicht nur vor Gefahren für die Autos, sondern auch für Mensch und Umwelt.

In den Entwicklungsländern haben Agro-Treibstoffe jetzt schon fatale soziale, menschenrechtliche und ökologische Nebenwirkungen.



Agro-Treibstoffe tragen zu Hunger bei.

Soziale und ökologische Gefahren in Entwicklungsländern

Weder Österreich noch die EU sind in der Lage, die angestrebten Beimischungsquoten mit selbst angebaute Agro-Treibstoffen zu erreichen. Bereits 2008 mussten die EU-Staaten 40 Prozent der benötigten Agro-Treibstoffe aus Schwellen- und Entwicklungsländern importieren. Dafür werden dort Zuckerrohr, Mais oder andere Energiepflanzen zum Teil auf Feldern angebaut, die bisher der Nahrungsmittelproduktion gedient haben.

Die explodierende Nachfrage nach Agro-Treibstoffen stellt also eine Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion dar. Das lässt die Preise für Lebensmittel in die Höhe schnellen. In Österreich spüren wir dies etwa durch steigende Brotpreise. In den Entwicklungs- und Schwellenländern müssen Menschen Hunger leiden. Weltweit hungert etwa eine Milliarde Menschen und Agro-Treibstoffe spielen hier eine bedeutende Rolle.

Für den vermehrten Anbau der Energiepflanzen werden neue landwirtschaftliche Flächen gebraucht, die in Entwicklungsländern leider häufig durch Roden von Regenwald oder Vertreiben der lokalen Bevölkerung gewonnen werden. Die Menschen werden für ihr geraubtes Land meist nicht entschädigt und in die Armut und den Hunger getrieben. Minister



Weltweit hat eine Milliarde Menschen nicht genug am Teller und muss hungern.

Berlakovich hält nach wie vor eisern an seinen Plänen fest, und will E10, wenn nicht jetzt im Herbst, dann zu einem späteren Zeitpunkt einführen. Er will seiner Klientel – den österreichischen Bauern – eine neue Absatzmöglichkeit schaffen. Der Bauernbündler denkt in dieser Frage leider nicht über den Tellerrand hinaus und nimmt fatale Folgen für die einfachen Menschen in den produzierenden Ländern in Kauf.

Aktiv gegen Agro-Treibstoffe

Gemeinsam mit entwicklungspolitischen und Umwelt-NGOs habe ich eine Petition im Parlament eingebracht, die soziale und ökologische Mindeststandards bei der Produktion von Agro-Treibstoffen fordert. Die Petition ist auf www.petrabayr.at unter „Parlament - Petitionen & Bürgerinitiativen“ zu finden. Ich freue mich, wenn ich Deine Unterstützung bekomme! Obwohl E10 nicht ab Herbst eingeführt wird, ist es wichtig dran zu bleiben, denn für Minister Berlakovich ist E10 nur aufgeschoben.

Favoriten im Parlament



Kürzungsstopp der EZA-Mittel erreicht

Österreich bricht sein internationales Versprechen, sich solidarisch mit den armen Ländern der Welt zu zeigen. Statt die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (EZA) aufzustocken, wurde in den letzten Jahren drastisch gekürzt. Vor wenigen Wochen konnten wir zumindest die Kürzungen stoppen.

Österreich leistet gute und wichtige Entwicklungszusammenarbeit:

In Burkina Faso zum Beispiel können junge Menschen eine Berufsausbildung absolvieren, die auch ein Garant dafür ist, dass diese Kinder nicht verschleppt werden und der Kinderhandel gestoppt wird.

In Uganda ist Österreich in der Wasserversorgung aktiv tätig. Hier haben wir das Genossenschaftsmodell salonfähig gemacht. Frischwasser im Dorf ermöglicht Frauen, die früher stundenlang damit beschäftigt waren, Wasser zu holen, bezahlten Tätigkeiten nachzugehen.

In Mosambik engagieren wir uns in der Stadtplanung und somit auch in Fragen, ob die Feuerwehr im Fall der Fälle wirklich durch eine Straße fahren und den Brand löschen kann.

Wir tragen also essentiell zur Armutsminderung und Entwicklung bei...

...leider auf zu geringem Niveau.

Dabei hat sich Österreich bereits in den 70er Jahren bei einer UN-Generalversammlung verpflichtet, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für EZA bis zum Jahr 2015 auszugeben. Dass dieses Ziel nicht erreicht wird, ist schon lange klar. Ich fordere daher immer wieder einen Stufenplan um klar zu stellen, bis wann Österreich die mehrmals zugesagten 0,7 Prozent verbindlich erreichen wird.

Die Budgetkonsolidierung und die Wirtschaftskrise werden als Gründe für unsere schwachen EZA-Leistungen genannt. Es gibt aber EU-Länder, die sich trotz der Krise solidarisch zeigen und die EZA-Mittel sogar erhöhen, darunter Luxemburg, Schweden und Großbritannien. Mit den aktuellen 0,27 Prozent des BNE gehört Österreich in der EU zu den Schlusslichtern und das, obwohl wir

im Vergleich zu Staaten wie Griechenland oder Spanien ein reiches Land sind.

Kürzungen gestoppt

Ende September hat die Regierung weitere Kürzungen gestoppt. Die Mittel für EZA werden im nächsten Jahr nicht weiter reduziert wie ursprünglich geplant, sondern bleiben wenigstens auf dem Niveau von 2012. Das ist ein erster Schritt, dem bald die Anhebung der Mittel folgen muss. Im Frühling habe ich zusammen mit einer Schulklasse eine Petition für die geforderten 0,7 Prozent des BNE für Entwicklung eingebracht. Die SchülerInnen machten klar, dass ihnen internationale Solidarität wichtig ist, das unterstütze ich natürlich.

Die Petition kann über einen Link auf meiner Homepage www.petrabayr.at unterunterstützt werden.

Benennung des Antonie Alt Hofes

Nach der Favoritnerin und SPÖ-Politikerin Antonie Alt haben wir einen Gemeindebau in der Leebgasse benannt.

Antonie Alt setzte sich lange Jahre ihres Lebens mit ihrem ganzen Herzen für die Sozialdemokratie und für die Rechte der Frauen ein. Ich freue mich besonders, dass wir nun, durch den neuen Hauptbahnhof, an zwei Orten der wichtigen Favoritnerin gedenken können: In der Antonie Alt Gasse und jetzt auch wieder im Antonie Alt Hof. Frauen wie Antonie Alt sichtbar zu machen, sich an sie zu erinnern und uns bewusst zu sein, welche wichtige Arbeit sie für die Gleichberechtigung von Frauen heute geleistet haben, zeigt uns, woher wir kommen und wohin wir gehen.



© Ludwig Schedl

Favoriten im Parlament



Frisch gebackene EPF-Vizepräsidentin

EPF, das Europäische Parlamentarische Forum für Bevölkerung und Entwicklung, arbeitet eng mit ParlamentarierInnen in ganz Europa zusammen. Gemeinsam setzen wir uns für die Verbesserung der reproduktiven Gesundheit und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen weltweit ein.

Jede Frau und jedes Mädchen hat das Recht über ihren eigenen Körper und somit auch über die Anzahl und den Zeitpunkt ihrer Schwangerschaften zu entscheiden. Leider ist das nicht in der ganzen Welt selbstverständlich.

Als Vizepräsidentin von EPF setzte ich mich für Stärkung der Rechte der Frau ein. Wichtig sind hier vor allem Bildung für Mädchen und Frauen, das Recht auf Selbstbestimmung und der Zugang zu Verhütungsmitteln. Jährlich sterben etwa 270.000 Frauen an Komplikationen während

der Schwangerschaft und Geburt, 99 Prozent in Entwicklungsländern. Viele Todesfälle sind zu vermeiden.

Frauen müssen selber über die Anzahl der Schwangerschaften entscheiden können und während einer Schwangerschaft und Geburt müssen sie medizinisch gut versorgt sein. Sie sollen gebildet sein und Zugang zu effektiven Verhütungsmitteln und Gesundheitsversorgung, sowie im Bedarfsfall die Möglichkeit haben, einen sicheren Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen.



Bei einer Studienreise mit EPF in Äthiopien.

Einladung zum Punschtrinken

Als Gründerin der Plattform stopFGM lade ich mit der SPÖ-Favoriten zum Punschtrinken ein. Alle Einnahmen und Spenden gehen direkt an die Plattform stopFGM.

2003 gründete ich die Österreichische Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung – stopFGM, um in Österreich und in den so genannten Entwicklungsländern diese Menschenrechtsverletzung zu beenden.

Aktuell werden jährlich etwa 2 Millionen Mädchen und Frauen genital verstümmelt und leiden oft ihr Leben lang unter den körperlichen und seelischen Folgen. Das muss ein rasch Ende haben!



Punschtrinken für die Plattform stopFGM:

Wann: Wir treffen uns am Montag, den 03. Dezember 2012 von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Wo: Beim Punschstand Favoritenstraße 109/Ecke Quellenstraße (unterhalb des U-Bahnaufgangs).

Ich freue mich, viele von Euch dort zu sehen und freue mich auf einen nicht zu kalten Punschabend!

Favoriten im Parlament



Einsatz für unkontaktierte Völker in Brasilien und Peru

Als Favoritner Nationalrätin und Bereichsprecherin für globale Entwicklung unterstütze ich den brasilianischen Experten José Carlos Meirelles bei seinem Einsatz für die Rechte der Völker in freiwilliger Isolation.

Der brasilianische Experte für unkontaktierte Völker, José Carlos Meirelles, hat mir bei seinem Besuch im österreichischen Parlament über die Lebenssituation der Indigenen und unkontaktierten Völker in Brasilien und Peru berichtet. Unkontaktierte Völker sind ethnische Gruppen, die nur geringfügigen oder kurzzeitigen Kontakt mit der globalisierten Gesellschaft aufgenommen haben bzw. den Kontakt aufgrund schlechter Erfahrungen fürchten und meiden.

Grundlegend für den Schutz der Indigenen ist die Demarkierung deren Lebensraums. Zuerst müssten die Gebiete identifiziert werden. Dies geschehe vom Flugzeug aus, mit Hilfe von Satellitenbildern, sowie in langen Fußmärschen, erklärte mir der brasilianische Experte. Ist das Gebiet klar abgesteckt, kann es von der brasilianischen Regierung unter Schutz gestellt werden, wenn diese willig ist.

Zurzeit werden in Brasilien allerdings die Mächte, die sich gegen den Schutz der Indigenen einsetzen, immer stärker: Großgrundbesitzer, Goldgräber sowie Erdöl- und Erdgasförderer blockieren die Anerkennung weiterer Gebiete. Akute Bedrohungen für die Völker in freiwilliger Isolation erwachsen also vor allem aus der Ausbeutung von Rohstoffen in deren Gebieten. Peru ist der größte Exporteur des Edelholzes Mahagoni, doch die Bestände werden knapp,



Repräsentanten der Indigenen

sodass auf Bäume in den Schutzzonen zurückgegriffen wird, natürlich illegal.

In Rio de Janeiro, Brasilien bei der internationalen Konferenz zur Nachhaltigen Entwicklung Rio+20 setzte ich mich für die in freiwilliger Isolation lebenden Völker ein. Bei einem Treffen mit brasilianischen und peruanischen ParlamentarierInnen machte ich klar, dass wir auch in Europa,

wenn auch aus der Ferne, ein Auge auf die Rechte der Indigenen haben. In einem Gespräch mit den Abgeordneten und RepräsentantInnen der Indigenen Völker wurde vor allem das Gesetz 215 besprochen, das den Abbau von Bodenschätzen und damit auch den Schutz indigener Gruppen regelt. VertreterInnen der Bergbaulobby arbeiten gerade daran, dem Gesetz den Verfassungsrang abzuspriechen, damit es leichter umgangen werden kann. Ich hoffe, dass es nicht gelingt!

Die nächste Gelegenheit mich für die Rechte der Indigenen stark zu machen, werde ich bei der parlamentarischen Reise nach Peru und Kolumbien im Oktober haben und nutzen. Dort werde ich mit Abgeordneten zu diesem und anderen Themen sprechen und zeigen, dass uns die Rechte der Indigenen ein Anliegen sind.



Petra Bayr im Gespräch mit dem brasilianischen Experten José Meirelles